

DAS

## OSTDEUTSCHE KURATORIUM VON VERBÄNDEN E.V.

lädt ein zur

### »Alternativen Einheitsfeier 2016«

Die traditionelle Protestveranstaltung wider die offiziellen Jubelfeiern.

**Am 3. Oktober 2016 von 10.00 bis 12.00 Uhr**

in der UCI-Kinowelt, Landsberger Allee 52, 10249 Berlin-Friedrichshain.

### »Frieden. Freiheit. Solidarität.«

#### Mitwirkende:

**Dr. Matthias Werner**, Präsident des OKV e.V.; **Annelies Kimmel**, ehemals Mitglied des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR, Vorstandsmitglied des »Freie Deutsche Gewerkschaften Förderverein zur Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung« (VFDG); **Wolfgang Herrmann**, Bauingenieur, Berater bei der FSNL in Nicaragua (1985-1988), Herausgeber der Zeitschrift "Nueva Nicaragua Informe"; **Gruppe »Quijote« - Musik gegen Windmühlen** - aus Chemnitz, die mit einem Programm, dem Motto entsprechend, die Teilnehmer in ihren Bann ziehen wird.

**Kartenvorverkauf:** Jeweils von 10-16 Uhr bei **GBM e.V.**, Tel.: 030/5578397 (Mo-Fr); **GRH e.V.**, Tel.: 030/29784225 (Di u. Do); **ISOR e.V.**, Tel.: 030/29784315 (Di, u. Do) und **OKV e.V.**, nur dienstags 10-12 Uhr im FMP1, R630, Tel.: 01752652897 und **E-Mail:** [redaktion@okv-ev.de](mailto:redaktion@okv-ev.de) (**24 h-Bestellung**). **Restkarten** an der Tageskasse der **UCI-Kinowelt** am 3.10.. **Unkostenbeitrag: 5.- Euro.**

8. Oktober 2016

#### Berlin

##### »Die Waffen nieder«

Kooperation statt NATO-Konfrontation  
Abrüstung statt Sozialabbau

**Friedensbündnisse rufen auf zur Demonstration,**  
Auftakt 12 Uhr am Alexanderplatz/Ecke Otto-Braun-Straße.

Ausführliche Information auf unserer Website [www.okv-ev.de](http://www.okv-ev.de)

#### Bochum

Festveranstaltung des DDR-Kabinetts anlässlich des  
**67. Jahrestages der Gründung der DDR.**

Zusätzlich ist vorgesehen, schon am 7. Oktober in Form eines Begegnungsabends mit Buffet, aber ohne festes Programm, gemeinsam das Glas auf den DDR-Geburtstag zu erheben.

Der Vorstand der GRH ruft zur Teilnahme auf und wird zur Fahrt nach Bochum und zurück einen Bus organisieren. Die Hotelreservierung erfolgt in Kooperation mit dem DDR-Kabinett.

Interessenten melden bitte bis zum 01.09.2016 der Geschäftsstelle der GRH (Tel.: 030 29784225, Mail: [verein@grh-ev.org](mailto:verein@grh-ev.org)) verbindlich ihre Teilnahme. Die entstehenden Kosten tragen die Teilnehmer selbst.

**Das Präsidium des OKV e.V. schließt sich dem nachfolgenden Appell an, deshalb die Veröffentlichung an dieser Stelle.**

IALANA Stellungnahme:

### Öffentlicher Appell an die deutsche Bundesregierung sowie die Institutionen des Europarates, der OSZE und der NATO

I

Als das türkische Verfassungsgericht Ende Februar 2016 die angeordnete Untersuchungshaft gegen zwei Journalisten aufhob, die die Unterstützung militanter Islamisten in Syrien durch türkische Stellen aufgedeckt hatten, drohte der türkische Präsident Erdogan den Richtern: „Ich sage es offen und klar, ich akzeptiere das nicht und füge mich der Entscheidung nicht, ich respektiere sie auch nicht.“<sup>1</sup> Dieser Drohung hat er jetzt Taten folgen lassen.

Als Vorwand dafür hat er den am 15. Juli d.J. gescheiterten Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs genutzt. Seit der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 sind an Hand von offenkundig lange vorbereiteten Listen fast 3000 RichterInnen und StaatsanwältInnen durch die Exekutive ihres Amtes enthoben und ein Großteil von ihnen verhaftet worden. Die Suspendierungen und Repressionen sind auf Tausende von Journalisten, Lehrern, Professoren, Rechtsanwälten und Angehörigen von Bildungseinrichtungen ausgedehnt worden. Zeitungen sowie Rundfunk- und Fernsehsender sind geschlossen oder gleichgeschaltet worden. Unter Berufung auf die türkische Verfassung und Art. 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention hat die türkische Regierung zudem jetzt den „Ausnahmestand“ verhängt, um sich lästiger rechtstaatlicher Fesseln zu entledigen.

II

Die NATO schweigt bisher zu diesen Vorgängen. Dabei sind alle NATO-Mitgliedsstaaten verpflichtet, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“ (Satz 2 der Präambel des NATO-Vertrages).

Wir stellen fest, dass das Vorgehen von Präsident Erdogan und seiner Regierung mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen unvereinbar ist, die die Türkei jedenfalls durch den Beitritt zum Europarat und durch die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) eingegangen ist. Die mit einer Verhängung des Ausnahmezustandes verbundene „Aussetzung“ grundrechtlicher Garantien der EMRK käme nach Art. 15 EMRK allein dann in Betracht, wenn „das Leben der Nation durch Krieg oder einen anderen öffentlichen Notstand bedroht ist“. Diese Voraussetzung ist in der Türkei heute schon deshalb nicht gegeben, weil der versuchte Militärputsch bereits am 16. Juli d.J. niedergeschlagen und gescheitert war, also jedenfalls seitdem schon aus diesem Grunde nicht mehr als Rechtfertigung für die Verhängung des Ausnahmezustandes herangezogen werden darf. Die Türkei hat keinerlei Recht, die EMRK und die Unabhängigkeit der Justiz nach eigenem Belieben einzuschränken.

Es darf nicht hingenommen werden, dass die Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit sowie die Pressefreiheit in der Türkei entgegen Art. 9 und 10 EMRK eingeschränkt werden und dass entgegen Art. 5 und 8 EMRK die persönliche Freiheit und Sicherheit sowie das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens von Erdogan-Kritikern nicht gesichert sind. Ferner verstößt es gegen die EMRK, dass den nach Medienberichten zwischenzeitlich mehr als 50.000 suspendierten türkischen Staatsbediensteten und anderen Verhafteten die in Art. 6 EMRK garantierten Rechte auf ein faires Verfahren vorenthalten werden. Ausweislich der uns von betroffenen Richtern zugegangenen E-mails werden die Betroffenen entgegen Art. 6 Abs. 3 EMRK jedenfalls nicht „innerhalb möglichst kurzer Frist ... in allen Einzelheiten über Art und Grund der gegen sie erhobenen Beschuldigungen unterrichtet“. Beweise für eine behauptete Verwicklung in den gescheiterten Militärputsch oder andere Amtspflichtverletzungen werden den Betroffenen über den schlichten Verweis auf die Listen hinaus weder mitgeteilt noch gar nachprüfbar vorgelegt.

III

Die Suspendierungen und Verhaftungen der mehr als 500 Verwaltungsrichter, von mehreren Verfassungsrichtern und mehr als 2000 RichterInnen

nen anderer Gerichte lassen die Zielrichtung erkennen: Die von Präsident Erdogan und seiner AKP-Regierung angeordneten und veranlassten Maßnahmen zielen vor allem auf die Ausschaltung einer unabhängigen Justiz, die Einschüchterung und Unterdrückung jeder Opposition, die Gleichschaltung der Presse und Medien sowie auf die möglichst ungehinderte Errichtung eines autoritären Präsidialregimes mit einem ungehemmten Führerkult.

Das dürfen die Vertragsstaaten der EMRK und die Institutionen des Europarates nicht länger widerspruchslos hinnehmen. Die Forderung der Bundeskanzlerin und von Bundesinnenminister de Maizière an Präsident Erdogan, das „Gebot der Verhältnismäßigkeit“ zu wahren, stellt die repressiven Maßnahmen gegen die türkische Bevölkerung im Grundsatz nicht in Frage, sondern geht von deren Legitimität aus. Sehr befremdlich ist es, dass Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 21.7.2016 in Washington erklärt hat, der in der Türkei verhängte Notstand müsse „auf die unbedingt notwendige Dauer beschränkt und dann unverzüglich beendet“<sup>[1]</sup> werden. Auch das legitimiert den aktuell verhängten „Ausnahmestand“. Präsident Erdogan wird all dies freuen.

#### IV

1. Wir fordern die deutsche Bundesregierung und die Regierungen aller Vertragsstaaten des Europarates auf, beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg eine Staatenbeschwerde nach Art. 33 der EMRK<sup>[2]</sup> gegen die Türkei zu erheben, um ein EMRK-konformes Verhalten einzufordern und durchzusetzen. Zur Vorbereitung sollte unverzüglich eine Expertenkommission mit „fact finding“-Befugnissen entsandt werden. Sie sollte sicherstellen, dass sich verfolgte und verhaftete Bürgerinnen und Bürger in der Türkei ungehindert mit der Bitte um Unterstützung an sie wenden können.

2. Auch die OSZE ist gefordert. Das „Menschenrechtskomitee („Human Dimension Committee“) der OSZE muss sich unverzüglich mit der Menschenrechtslage in der Türkei befassen. Sie sollte eine sofortige Rücknahme der pauschalen listenmäßigen Suspendierung der RichterInnen und StaatsanwältInnen, der Eingriffe in die Unabhängigkeit der Justiz und ein Ende der Verstöße gegen zentrale Menschenrechte einfordern.

3. Der NATO-Rat muss auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs baldmöglichst zu einer Sondersitzung zusammentreten, um die Türkei eindringlich auf ihre demokratischen und rechtsstaatlichen Pflichten als NATO-Mitgliedsstaat hinzuweisen. Die in der Türkei im NATO-Rahmen stationierten 102 Atomsprengköpfe müssen dort unverzüglich abgezogen werden. Alle Waffen- und Rüstungslieferungen sowie alle Finanztransfers an das Erdogan-Regime müssen sofort bis auf Weiteres gestoppt werden.

4. Die Tornado-Einheit der Bundes-Luftwaffe sollte unverzüglich aus Incirlik abgezogen werden.

Berlin, den 24./25.7.2016

<sup>[1]</sup> Vgl. u.a. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei-lange-haftstrafen-fuer-regierungskritische-journalisten-14219395.html>

<sup>[2]</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/frank-walter-steinmeier-ruft-erdogan-zu-verhaeltnismaessigkeit-auf-14350353.html>

<sup>[3]</sup> Art. 33 EMRK (Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms) – Inter-State cases: *Any High Contracting Party may refer to the Court any alleged breach of the provisions of the Convention and the protocols thereto by another High Contracting Party.*

IALANA

Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen - Für gewaltfreie Friedensgestaltung - Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms

#### ERINNERN – BEWAHREN – AGIEREN – PROTESTIEREN

Unter dieser Rubrik stellt das OKV Initiativen/Projekte vor, die (noch) nicht innerhalb unseres Netzwerkes tätig sind, jedoch mit ihren Zielstellungen und Inhalten auch den unseren entsprechen. Mitglieder unserer Vereine und Verbände als auch unsere Sympathisanten und Leser der OKV-NACHRICHTEN sollen damit angeregt werden - soweit noch nicht geschehen - in diesen vorgestellten Initiativen/Projekten nach Möglichkeit ebenfalls aktiv oder zum Besuch angeregt zu werden bzw. deren Fundus mit zu bereichern.

#### »Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe e.V.« von Liane Kilinc

Unmittelbar nach den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestages der Niederschlagung des deutschen Faschismus gründete sich am 18.06.2015 die Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe e.V.

Durch den Besuch einiger Gründungsmitglieder am 09.Mai 2015 in Moskau und der Teilnahme an den zahlreichen Feierlichkeiten, wurde der in Europa zurückgekehrte Krieg und Faschismus besonders ins Bewusstsein gerückt. Irgendwie ahnte man ja schon immer, der Schoß ist noch fruchtbar, aus dem das kroch. In diesen Tagen wurde aus den Ahnungen und Mahnungen traurige und wütende Gewissheit.

Die Haltung der Bundesregierung an den Feierlichkeiten in Moskau nur mehr am Rande teilzunehmen, war mehr als ein Hinweis darauf, dass der Faschismus in Europa wieder angekommen ist, das Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln wieder legitimiert ist.

Natürlich wusste man das alles auch schon früher, allerdings so richtig „gefühl“, was Krieg bedeutet, haben wir bei der Teilnahme am Marsch des unsterblichen Regimentes. Hier lernten wir auch was „Vergebung“ zwischen Völkern wahrhaft bedeutet.

Aus diesen Erfahrungen und aus unseren, in früher Kindheit geprägtem Willen zur internationalen Solidarität heraus, waren es bis zur Gründung unseres Vereins nur ein paar Formalitäten. Seitdem engagieren sich die Mitglieder und Freunde des Vereins insbesondere im

Bürgerkriegsgebiet der Ostukraine. Dieser Krieg gegen die Bevölkerung der Ostukraine wird in den offiziellen Medien weitgehend verschwiegen oder gar propagandistisch für eine konfrontative und aggressive Politik gegen die Russischen Föderation benutzt. Die Doppelstandards der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft sind empörend und die Menschen im Kriegsge-



biet bedürfen der überlebenswichtigen Hilfe.

Während der Vorbereitungen auf die Moskautreise hatten sich bereits erste Kontakte zu Helfern im Kriegsgebiet angebahnt und wir konnten dort bereits Spenden in Höhe von 15.000 Euro an die Helfer übergeben die dringend für den Einkauf von Lebensmitteln für die notleidende Bevölkerung des Donbass benötigt

wurden. Durch diesen persönlichen Kontakt der Hilfe entwickelte sich schnell die Idee vom „Friedenscamp“ der Friedensbrücke für Kinder und begleitende Mütter aus den umkämpften Gebieten (Front). Ein ehemaliges Pionierferienlager in Rostov am Don sollte für die folgende Zeit der Arbeit das Hauptprojekt der Friedensbrücke werden.

Bis zum heutigen Tage wurden in diesem Camp über 1200 Kinder und einige begleitende Mütter betreut, und die Kinder hatten Gelegenheit, sich von den traumatischen Erlebnissen des Krieges zu erholen. Für 30 Kinder mit ihren Müttern und 32 Studenten ist das Camp allerdings zu einer „Heimat auf Zeit“ geworden, denn eine Rückkehr war für sie in ihr gewohntes Zuhause nicht möglich. Es gab einfach kein Zuhause mehr!

Also ging es nun auch darum, den Schulbesuch für diese Kinder sicher zu stellen und einen nachhaltigen medizinischen Versorgung zu organisieren, denn mit dem Gehen des Sommers kam die Grippewelle in die Ukraine, über die man auch in den deutschen Medien lesen konnte.

Hoffnungen auf eine konstruktive Lösung des Konfliktes zerschlugen sich immer wieder, was dann auch bedeutete, dass die Notwendigkeiten der Hilfe auch für andere Bevölkerungsteile rasch anwuchs. Die Friedensbrücke unterstützte in der direkten Folge davon ein Alten- und Pflegeheim, eine Schule und eine Kita bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln und

Medikamenten und konnte so dazu beitragen, dass das Überleben dieser Menschen gesichert war. Zusätzlich werden über 500 Dorfbewohner regelmäßig versorgt.

Während der eigenen Vorbereitungen für das Weihnachtsfest unserer Familien in Deutschland, wuchs selbstverständlich auch der Wunsch, für „unsere Kinder im Camp“ ein friedliches und fröhliches Fest zu ermöglichen. Der Sinn von Weihnachten bekam noch einmal, gepaart mit dem Gedanken der Solidarität, einen völlig neuen Charakter für uns und unsere Spender. Ein Mitglied unseres Vereins besuchte das Camp dann pünktlich zu den russischen Weihnachtstagen und konnte uns stolz aber auch unter Tränen von dem Erlebten im Camp berichten. Die Mütter berichteten, dass ihre Kinder sich endlich wieder daran gewöhnt hätten, in Schlafanzügen zur Nachtruhe zu gehen, dass die gemalten Bilder der Kinder wieder vor Farbe strahlten und das Grau des Krieges nur noch selten in den kleinen Kunstwerken zu finden wäre. Gefragt, nach ihrem Weihnachtswünschen, gaben die Kinder allerdings nur eine einzige Antwort: Frieden! Endlich Frieden! Als besonders Weihnachtsgeschenk konnte dem Camp eine Waschmaschine, ein Staubsauger und Wasserkocher überreicht werden und natürlich Süßes, viel Süßes.

Für uns, die zu Hause Gebliebenen, waren die vielen Fotos von strahlenden und glücklichen Kinderaugen das schönste „Spasibo“ dass man sich nur vorstellen kann.

Und es war Verpflichtung weiter zu machen, die Hoffnungen der Kinder nicht zu enttäuschen!

Bis heute leben Kinder und Mütter, die ihr Zuhause verloren haben, in unserem Camp und versuchen, ein „normales“ Leben zu führen. Stets in Sorge um Familie und Freunde in ihrer Heimat und mit der Sehnsucht, zurückkehren zu können. Aber in Sicherheit!

Auch Projekte in der Krisenregion wurden durch die Friedensbrücke weiter unterstützt. Längst sind wir für die Menschen dort ein verlässlicher Helfer in der Not geworden.

Für den Mal- und Zeichenwettbewerb der Stadt Gorlowka stellten wir die Preise für Teil-

nehmer und Sieger zur Verfügung, die Ausrichtung von 3 Fußballturnieren wurde ebenso gefördert, wie die Sicherstellung der Schulspeisung in der Schule Nummer 6 in Gorlowka.

Eine besondere Herzensangelegenheit war uns die finanzielle Unterstützung der Errichtung eines Denkmals für die durch den Krieg getöteten Kinder in Gorlowka. Auf der Einweihungsveranstaltung trugen unsere Kinder des Friedenscamps die Schilder mit dem Namen der gefallenen Kinder. Es sind so viele kleine Leben zerstört worden, dass es einem das Herz brechen lässt. So viele Träume, soviel Pläne, soviel Zukunft zerstört, unwiederbringlich!

Die Entschlossenheit der Donbass Bewohner bei all dem Leid für ihr Recht auf Selbstbestimmung zu kämpfen, lässt uns nicht aufhören, uns weiter zu engagieren.

Ein besonderer Augenblick war für unseren Verein die Veröffentlichung des Videos vom Marsch des „Unsterblichen Regimentes“. Unsere Kinder hatten sich etwas ganz Besonders überlegt und trugen, gekleidet in den T-Shirts unseres Vereins, die Bildnisse von deutschen Antifaschisten, die während des „Großen Vaterländischen Krieges“ ihr Leben lassen mussten. Der gemeinsame antifaschistische Kampf macht uns zu einer Familie der Solidarität.

Aktuell planen wir im Verein, neben der Aufrechterhaltung der bestehen Arbeit neue Projekte für die Zukunft. Die Nähwerkstatt „Der rote Faden“ soll Müttern die Gelegenheit geben, durch die damit geschaffenen Arbeitsplätze den Lebensunterhalt der Familie zu unterstützen. Die Startfinanzierung steht, und die Vorbereitung zur Umsetzung läuft auf Hochtouren.

Jederzeit sind wir jedoch auch darauf vorbereitet, notwendige Evakuierungen ins Friedenscamp durchzuführen. Dieses wird von den weiteren aktuellen Entwicklungen im Kriegsgebiet abhängen; z.Zt. läuft die nächste Evakuierung von 50 Kindern mit Müttern ins Friedenscamp nach Rostov.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Mitglieder des Vereins auch im Friedenskampf und für die Völkerverständigung besonders einsetzen. Selbstverständlich nahmen sie

an den Feierlichkeiten zum 71. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus in Berlin teil und legten dort einen Kranz im Namen des Vereines nieder. Bei den deutsch-russischen Festtagen in Berlin war der Informationsstand der Friedensbrücke stets von vielen Interessierten umlagert und die freundschaftlichen Beziehungen und Verbundenheit unserer Völker waren der stete Wunsch unserer Besucher. Aber auch außerhalb des Ukraine Konflikts zeigt sich die Friedensbrücke engagiert.

Die Aktion „Help-Convoy“ leistete 6x konkrete Hilfe in den traurig berühmten Flüchtlingslagern Idomeni und Calais/Dünkirchen. Hier wurden Sachspenden gesammelt, transportiert und unter den Asylsuchenden verteilt.

Ab September wird unter der Federführung der Friedensbrücke ein integratives Theaterprojekt für Kinder beginnen, in dem Kinder von Asylsuchenden gemeinsam mit Kindern aus finanziell schwachen Familien aus Deutschland gemeinsam arbeiten. Wir freuen uns schon heute auf die Premiere von „Die Schneekönigin“ im Dezember dieses Jahres in Wandlitz.

Aktuell laufen auch die Vorbereitungen für einen humanitären Hilfstransport vom 07. 10. - 24. 10. 2016 nach Gorlowka/Donetsk.

Zusammenfassend können wir als Verein zufrieden auf die geleistete Arbeit zurückblicken; auch die Arbeit der Zukunft wird vielfältig sein.

Es ist zu erwähnen, dass alle aktiven Mitglieder voll berufstätig sind und die Arbeit neben ihrer beruflichen Arbeit leisten. Es darf nicht verschwiegen werden, dass damit alle oft bis über die Leistungsgrenze hinaus im Einsatz sind und auch an machen Tagen die Müdigkeit Einzug hält. Aber wir werden nicht aufgeben! „No pasaran!“

[www.fbko.org](http://www.fbko.org)

Spenden via Überweisung:

Friedensbrücke - Kriegsofferhilfe e.V.

Volksbank Berlin

IBAN: DE56100900002582793002

BIC: BEVODEBB

Paypal: [friedensbruecke@gmx.de](mailto:friedensbruecke@gmx.de)



### Vorab – Information

Die **2. Konferenz** im Rahmen der Reihe „**Das OKV diskutiert**“ findet am 17. November von 16 bis ca. 20 Uhr – im Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin statt. Unkostenbeitrag: 3 Euro

**Thema: „Das sozialistische Eigentum – Grundlage jeder sozial gerechten Gesellschaft“**

**Vorträge:** Zeitdauer ca. 20 Minuten

Eröffnung „Das Ziel der Konferenz“– und Konferenz-Leitung - **Dr. Klaus Blessing - Vizepräsident des OKV;**

„Die Eigentumsfrage ist aktuell“ – **Patrik Köbele – Vorsitzender der DKP;**

„Das sozialistische Eigentum - die Grundfrage des Marxismus“ – **Prof. Dr. Götz Dieckmann – Rotfuchs Förderverein – Berlin;**

„Das Eigentum in Grundgesetz und Landesverfassungen der BRD“ – **Walter Listl – Institut für Sozial-Ökologische Wirtschaftsforschung – München;**

„Die Enteignung der Ostdeutschen“ – **Prof. Dr. Erich Buchholz – Jurist – Berlin;**

„Die Nutzung des gesellschaftlichen Eigentums im Kombinat der DDR“ – **Christa Bertag, ehem. Generaldirektorin Kosmetik-Kombinat – Berlin;**

„Eigentum und/oder Mitbestimmung“ – **Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup – Witten – Westfälische Hochschule.**

**Anschl. Diskussion**

**Schlusswort:** „Anforderungen an linke Politik in der Eigentumsdebatte“ – **Dr. Matthias Werner – Präsident des OKV**

**Hinweis:** Konferenzthesen werden vor der Konferenz in der Jungen Welt und anderweitig publiziert.

Die Konferenzbeiträge und weitere Dokumentationen werden vom Verlag edition ost als Buch herausgebracht, das bei der Konferenz erworben werden kann.



**Gedenk- und Protestkundgebungen**

anlässlich des 72. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns.

**Samstag, dem 20. August 2016, 14 Uhr,**

*Ernst-Thälmann-Denkmal, Berlin, Greifswalder Straße (Nähe S-Bhf. Greifswalder Str.)*

**Redner:** Vertreterin der „Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh e. V.“, Dessau;  
Max Renkl, Vorsitzender FK Ernst-Thälmann Gedenkstätte e.V., Ziegenhals.

**Sonntag, dem 21. August 2016, 11.30 Uhr**

*vor der geschändeten und zertrümmerten „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ Ziegenhals, Seestraße 27, Königs Wusterhausen (Niederlehme).*

**Es sprechen:**

**Admiral a. D. Theodor Hoffmann** - letzter Verteidigungsminister der DDR und Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR

**Vertreterin der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e. V.“, Dessau**

**Wir erinnern an den 80. Jahrestag** des Beginns des Spanischen Krieges und an die Hilfe der Sowjetunion für die Spanische Republik.

**Kultureller Beitrag:** Konstantin Brandt und Wolfgang Schulze von der Singegruppe des RotFuchs-Vereins.

**Ausführliche Information zu den Veranstaltungen auf unserer Website [www.okv-ev.de](http://www.okv-ev.de)**

Der Verein »Unentdecktes Land e.V.« mit einer aufsehenerregenden Aktion am Pariser Platz und lädt ein zur Teilnahme!



### Kurzinformation zu einer interessanten internationalen Begegnung mit ausführlichem Gedankenaustausch

#### Auszug aus der Lesenotiz zum Gespräch mit der Delegation der Chinese People's Association for Peace and Disarmament (CPAPD).

Diese Lesenotiz wurde der OKV-Redaktion vorab durch den GBM-Vorstand für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Durch Vermittlung des WPC, Gen. Iraklis, hatte die Delegation um ein Gespräch mit Vertretern des epf in Berlin gebeten. Auf Grund terminlicher Überschneidungen schloss sich der Deutsche Friedensrat dem Gespräch am 08. Juli in den Räumen der GBM in Berlin an. Gespräche der Delegation mit anderen Organisationen in Deutschland waren nach unserer Kenntnis nicht vorgesehen.

Die chin. Delegation stand unter Leitung des Stv. Generalsekretärs der CPAPD, Herrn Ph. D. Tao Tao.

Aus verschiedenen Bereichen der Organisation nahmen noch weitere drei leitende Funktionäre teil. Das Gespräch wurde von einer Mitarbeiterin der chin. Botschaft in Berlin gedolmetscht.

Als Gastgeber übernahm der Vorsitzende der GBM, K.-H. Wendt, die Vorstellung der deutschen Seite – Frau Helga Hörning als seine Stellvertreterin, Herr Helmut Semmelmann als Aktivist des epf. Seitens des Deutschen Friedensrates nahmen teil: Frau Barbara Fuchs, Herr Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski, sowie eine weiteres Mitglied des Vorstandes des DFR.

Danach wurde die chin. Delegation gebeten, aus der uns übersandten Fülle von Fragen und Problemkreisen (die Liste der vorab zugesandten Fragen liegt dieser Lesenotiz in Englisch bei.) die sie besonders interessierenden Themen zu nennen, die anschließend erörtert wurden:

- Ist die internationale Ordnung durch das in der Welt entstandene Chaos gefährdet?
- Sind die Staaten nicht mehr in der Lage, diese Probleme zu lösen?
- Ist das Hegemoniestreben der USA Hauptgrund für das aktuelle Chaos?
- Was sind die Hauptgefährdungen in der Welt? - Aufrüstung der NATO, Terrorismus, das Nord-Süd-Gefälle?
- Die Gefahren neuer Konfrontationen
- wie sehen wir die Perspektiven der Entwicklung der Weltwirtschaft?
- Rolle einer auch von der VRChina und der RF betriebenen Schaffung einer multipolaren Welt, Rolle von Bündnisse
- welche Erwartungen haben wir an die Rolle der Archiv bei der Bewältigung der aktuellen Krisen?

In einer der nächsten »akzente«, Monatszeitschrift der GBM, wird ausführlich dazu berichtet werden. Das OKV wird es auf seiner Website veröffentlichen.

### Zwei Buch-Neuerscheinungen vorgestellt

#### Im Namen des Volkes

Dieter Skiba, Reiner Stenzel

**Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrecher**  
Noch immer sitzt man in Deutschland über Nazitäter zu Gericht. Seit über siebenzig Jahren. Die ersten Verfahren fanden im Sommer 1945 statt. Die Strafverfolgung von Kriegsverbrechern und KZ-Mördern ist inzwischen selbst Geschichte.

In Amsterdam wurde sie erforscht. Prof. Rüter und sein Team dokumentierten in 63 Bänden die Strafprozesse in Europa. Mit seiner Unterstützung und in jahrelanger akribischer Arbeit entstand das hier vorliegende Kompendium. Erstmals werden in einem Band sämtliche Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen Nazi- und Kriegsverbrecher von 1945 bis 1989 in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR aufgelistet, die Tötungsverbrechen betrafen. Beide Autoren arbeiteten seit den 60er Jahren selbst als Ermittler. Sie sind sachkundig und legen hier ein Standardwerk vor, auf das man noch in Jahrzehnten zurückgreifen kann.

**Buch 29,99 €**, ISBN 978-3-360-01850-2,  
**eBook 19,99 €**, ISBN 978-3-360-51019-8

#### Halt! Stehenbleiben!

Hans Bauer, Hans-Dieter Hein, Horst Liebig (Hrsg.)

#### Grenze und Grenzregime der DDR

Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten war keine normale. Wenn über 25 Jahre deutsche Einheit geredet wird, kann nicht über diese Grenze geschwiegen werden. Im Buch äußern sich Völkerrechtler, Militärs, Historiker sowie Beteiligte und Betroffene. Sachkundig und informativ antworten sie auf alle Fragen, die man zu diesem politischen Bauwerk stellen kann und muss.

Rote Reihe, 272 Seiten, 12,5 x 21,0 cm, brosch.  
**Buch 14,99 €**, ISBN 978-3-360-01869-4,  
**eBook 13,99 €**, ISBN 978-3-360-51033-4



Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V.  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin; Raum 630  
Tel.: OKV-Präsident: 01752652897; Pressesprecher: 030/9912254  
Geschäftszeiten: Nur dienstags 10.00 - 12.00 Uhr  
Bankverbindung: IBAN: DE68 1005 0000 0190 5097 40;  
BIC: BELADEBEXXX, Berliner Sparkasse

V.i.S.d.P: Helmut Holfert  
Herstellung im Selbstverlag  
Redaktionsschluss: 08. 08. 2016  
Erscheint nicht regelmäßig.  
Im Internet: <http://www.okv-ev.de>  
E-Mail: [redaktion@okv-ev.de](mailto:redaktion@okv-ev.de)

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Der Herausgeber behält sich das Recht vor, zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen. Die OKV-Nachrichten dienen der Information und dem Gedankenaustausch. Die Beiträge können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

**Dieses Mitteilungsblatt ist kostenlos - Spenden zur Finanzierung der Herstellungskosten sind erwünscht.**

**Wenn gelesen, dann bitte weiterreichen!**